

rückzuweisen: „300 Jahre garten-, bau-, stadt- und staatsgeschichtlicher Entwicklung von höchster Bedeutung im Schatten des Brandenburger Tores würden in bisher einmaliger und absolut unangemessener Weise bedroht.“

Derart munitioniert, lehnte Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) eine „Abwertung des Brandenburger Tores und seiner Umgebung“ strikt ab. Fazit einer zweiseitigen Stellungnahme seines Ressorts: Im historischen Zentrum Berlins könnten die Sicherheitsauflagen „nicht umgesetzt werden“. Ähnlich hatte schon der Verkehrssenator Jürgen Klemann (CDU) argumentiert.

Forsch ließ Strieder, kurz darauf bestätigt durch ein Votum der SPD-Fraktion, seinen Staatssekretär Hans Stimmann in die Offensive gehen: Der Senat, so Stimmann in einem Schreiben an Kanzleichef Volker Kähne, müsse den Amerikanern „alternative Standorte vorschlagen“ und gleichzeitig über „eine angemessene Nachnutzung des jetzigen Botschaftsgeländes“ diskutieren.

Theoretisch könnten die Amerikaner auf dem Terrain ihres einstigen Hauptquartiers in Dahlem bauen. Darüber hatten sie schon im vorigen Jahr nachgedacht. Denn nach den Bombenattentaten von Nairobi und Daressalam im August überprüfte der US-Geheimdienst CIA auch das Sicherheitskonzept für die geplante Berliner Botschaft. Die Experten meinten, der Explosionsdruck einer Autobombe beispielsweise wäre so verheerend, daß Vorsorge am Bau selbst nicht ausreiche. Allenfalls ein Gebäude ohne Fenster könne relative Sicherheit gewährleisten.

Gegen die Absicht des State Department, den Berliner Standort zu wechseln, hatte Botschafter Kornblum interveniert. Er setzte sich bei Außenministerin Albright erfolgreich für die symbolträchtige Rückkehr der Vereinigten Staaten auf ihr Grundstück im alten und neuen Machtzentrum der Stadt ein; das hatten sie 1931 für neun Millionen Reichsmark erworben.

Kornblum hatte die Siegermacht 1985 bis 1987 als US-Gesandter in Berlin vertreten. Der Diplomat nimmt für sich in Anspruch, seinem Präsidenten Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor den berühmten Satz „Mr. Gorbachev, tear down this wall“ – „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder“ – diktiert zu haben.

Nach dem Fall der Mauer demonstrieren die Berliner jetzt – Freundschaft hin, Schutzmacht her – Selbstbewußtsein. Sollte Botschafter Kornblum beim in Kürze geplanten Vermittlungsgespräch auf seinen Forderungen bestehen, wollen sie hart bleiben. „Wenn sich nicht überraschend etwas bewegt“, sagt Senatskanzleichef Kähne, „werden wir womöglich viele Jahre mit einer Baulücke leben müssen.“

WOLFGANG BAYER, PETRA BORNHÖFT



Kölnler Kardinal Meisner: „Christ im Gegenwind“

KIRCHE

Draußen vor der Tür

Die deutschen Bischöfe müssen Ende Februar entscheiden: Riskieren sie über die Abtreibung den Konflikt mit Rom oder den Krach mit den eigenen Gläubigen?

Wenn die deutschen Oberhirten sich im emsländischen Lingen Ende Februar versammeln, um zu entscheiden, ob sie ihrem Chef in Rom mehr gehorchen sollen als ihrem seelsorgerlichen Gewissen, haben die Bischöfe vor allem einen Mann zu fürchten – den Kölner Kardinal Joachim Meisner, den seine Feinde „die Faust des Papstes in Deutschland“ nennen.

Seit Wochen ist die rheinische Eminenz auf Konfrontationskurs nicht nur zu Staat und Gesellschaft, sondern auch zu Teilen ihrer eigenen Kirche. Seit Wochen wettet Meisner öffentlich und heftig gegen die Abtreibungsspiel. Er vergleicht Politiker mit Nazi-Mördern, sollten sie die Abtreibungsspiel „Mifegyne“ genehmigen, und setzt ungeniert seine Amtsbrüder unter Druck, endlich, wie von Johannes Paul II. schon vor Jahresfrist gefordert, Frauen in katholischen Beratungsstellen den für eine Abtreibung erforderlichen Beratungsschein nicht mehr auszustellen – und damit aus dem mühsam austarierten staatlichen Konzept zum Schwangerschaftsabbruch auszustiegen.

Vergangene Woche tagten die 27 Leiter der deutschen Diözesen – Bischöfe, Erzbischöfe und Kardinäle – im fränkischen Kloster Himmelsporten, um die Vollver-

sammlung aller 78 Oberhirten, Weihbischöfe inklusive, vorzubereiten und in einer Art Probeabstimmung die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse unter den Oberen zu testen. Der Bischofskonferenzvorsitzende Karl Lehmann vermied jedoch zum jetzigen Zeitpunkt eine Festlegung.

Die Herren debattierten über das Kompromißpapier einer Arbeitsgruppe, die von den Bischöfen im vergangenen Jahr eingesetzt wurde, um herauszufinden, wie die Oberhirten dem Verdikt des Papstes Genüge tun, zugleich aber weiterhin bedrängten Frauen helfen können.

Caritas und der Sozialdienst katholischer Frauen, welche die kirchlichen Beratungsstellen tragen, sowie das Zentralkomitee, oberstes Laiengremium der deutschen Katholiken, haben immer wieder vehement an die Bischöfe appelliert, im staatlichen Beratungssystem zu bleiben.

Auch die Mehrheit der Geistlichen selbst will aus pastoralen Gründen dabeisein.

130 000 Abtreibungen

werden jährlich legal in Deutschland vorgenommen. Die Zahl stagniert. Frauen, die ihre Schwangerschaft innerhalb der ersten zwölf Wochen straffrei abbrechen lassen, brauchen zur Vorlage beim Arzt einen „Nachweis“, einen Schein, der bestätigt, daß sie an einer „Beratung nach Paragraph 219 StGB“ zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ teilgenommen haben.

Auch die katholische Kirche beteiligt sich an der staatlich geregelten Konfliktberatung. Die zum größten Teil von der Caritas und dem Sozialdienst katholischer Frauen getragenen 270 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen betreuen jährlich insgesamt etwa 115 000 Frauen, darunter auch viele muslimische. Die meisten werdenden Mütter suchen jedoch lediglich Rat und Hilfe, etwa bei Woh-